

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Gefahren für die Gemeindefinanzen?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1987) : Gefahren für die Gemeindefinanzen?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 9, pp. 432-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136312>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wesentliche Beschlüsse zur Steuerreform 1990 stehen noch aus; dennoch befürchten die Gemeinden, daß vor allem sie die Verlierer sein könnten. Es geht dabei zwischen Bund, Ländern und Gemeinden um die Verteilung der Differenz zwischen dem Steuerausfall aufgrund der Einkommensteuerreform 1990 und den zur Teilfinanzierung dieser Reform erwarteten Mehreinnahmen aus dem angekündigten Fortfall von Subventionen sowie aus der diskutierten Erhöhung anderer Steuern. Während das Volumen des auf die Tarifreform zurückzuführenden Einnahmeausfalls für die Gemeinden kalkulierbar ist, sind sie gegenüber der geäußerten Absicht skeptisch, daß sie proportional zur Höhe ihres Steuerausfalls an den Etatentlastungen partizipieren sollen, denn ihr Anteil an den Segnungen dieser Ausgleichsmaßnahmen wird wohl Gegenstand von mehrstufigen Verhandlungen und Entscheidungen sein.

Diese Haltung der Gemeinden ist verständlich, da bisher keine Klarheit über die Art der Umschichtungen besteht. Von der Unsicherheit über die Finanzierung dieser Reform, die als zentrales Element der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik angesehen wird, gehen bei den Gemeinden wie auch bei den Unternehmen und privaten Haushalten eher negative Impulse auf das wirtschaftliche Geschehen aus. Zusätzliche Verunsicherungen resultieren aus der inzwischen wieder aufgeflackerten Diskussion über eine Abschaffung der Gewerbesteuer, ohne daß alternative Finanzierungsquellen genannt worden wären.

Wie könnten sich denn Entscheidungen über die Teilfinanzierung der Tarifkorrektur für die Gemeinden auswirken? Wenn Vergünstigungen bei Steuern vermindert werden, an denen die Gemeinden beteiligt sind, können sie Mehreinnahmen erwarten. Werden dagegen spezielle Verbrauchsteuern oder die Mehrwert-



Eberhard Thiel

Gefahren für die Gemeinde- finanzen?

steuer angehoben, gehen sie leer aus. Das gleiche gilt für Streichungen von Steuervergünstigungen oder von anderen Subventionen, die bisher der Bund alleine finanziert hat.

Um ein befriedigendes Ausgleichsvolumen zu erreichen, werden die Gemeinden wohl erneut auf die Zuteilung höherer Anteile an der Einkommensteuer und auf eine Beteiligung an der Mehrwertsteuer drängen. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie gezwungen sein werden, sich mit den Ländern über eine Erhöhung der Zuweisungen zu einigen. Gerade hier sehen aber die Gemeinden zusätzliche Probleme: Sie müssen befürchten, daß die Länder aufgrund der eigenen Steuerverluste die Finanzzuweisungen an die Gemeinden vermindern werden. Die Gemeinden weisen darauf hin, daß sie bei unbefriedigendem Ausgang solcher Ausgleichsverhandlungen entweder ihre Verschuldung mehr als die anderen Gebietskörperschaften erhöhen oder aber die Gewerbesteuer anheben müßten. Der dem Staat insgesamt auferlegte Zwang zur Verminderung der

Ausgabenwüchse könnte sich sonst bei ihnen besonders gravierend bemerkbar machen. Offensichtlich fällt es auch den Kommunen schwer, die mit dieser Steuerreform verbundene Absicht zu realisieren, das Wachstum der Ausgaben zu verlangsamen.

Die Diskussion um die Gemeindefinanzen zeigt nun deutlich, daß ordnungspolitische Umorientierungen hinsichtlich der Rolle des Staates nicht allein durch die Bekanntgabe von Eckdaten zu einer Steuerreform und durch die generelle Forderung nach einer Verminderung des Staatsanteils erreicht werden können. Ein Abbau der geweckten und zum Teil auf einem bemerkenswert hohen Niveau realisierten Erwartungen an die Leistungen der öffentlichen Hand bedarf eines Konzeptes, das die Bereitschaft der Gesellschaft stärkt, eine verminderte staatliche Leistungsabgabe zu akzeptieren. Dieses Konzept liegt nicht vor. Weder sind die anstehenden Reformen der großen Transfersysteme konkretisiert worden, noch wird die Subventionspolitik beherrscht.

Auch den Gemeinden werden aber weitere Überlegungen zur Verminderung ihrer Ausgabenwüchse nicht erspart bleiben. Angesichts der steigenden Ausgaben für die Sozialhilfe und der weiterhin bestehenden Verantwortung für funktionsfähige gemeindliche Infrastrukturen sind kritische Überprüfungen der bisher geplanten Ausgaben und ihrer mengenmäßigen und qualitativen Strukturen wohl notwendiger als früher. Wenig diskutiert wird in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der Gemeinden, die von ihnen gewährten Subventionen abzubauen. Der Erhalt der Gemeindeautonomie hängt sicherlich von der Höhe der verlässlich zu kalkulierenden Einnahmen ab, aber auch von der realistischen Einschätzung der künftigen Grenzen eigener Funktionen.